



Mag. Christoph Korosec, Obmannstellvertreter von Nova EUropa

Referat bei der Nova EUropa - Klausur am 12.1.2008 in der Politischen Akademie:

Eine moderne christlich-soziale Gesellschaftspolitik

Liebe Freunde!

Bevor ich zu meinem Themenpart komme, möchte ich die Gelegenheit nutzen, mich bei meinen Arbeitskreismitgliedern für ihre Mitarbeit im letzten Jahr zu bedanken. Vor allem herzlichen Dank an Thomas Horvath, Stefan Steiner und Stefan Ullreich, die nicht nur eifrig mitdiskutiert, sondern auch schriftliche Beiträge zum Thema „Integration und Bildungspolitik“ ausgearbeitet haben.

Gerade diese beiden Arbeitspapiere sind auch die Grundlage meines Einleitungsreferats.

Anders als im vorigen Jahr wollen wir heuer unsere Positionen nicht im Rahmen von Frontalvorträgen darlegen. Vielmehr will ich zu einigen ausgewählten Punkten der Gesellschaftspolitik ein Impulsreferat halten, das die Basis für eine eingehende Diskussion sein soll. Ich habe daher diesmal auf eine Powerpoint-Präsentation verzichtet, habe aber zur Auflockerung und zur Unterstützung unserer Positionen vor, euch zwei Fernsehbeiträge zu zeigen.

Der erste Beitrag ist ein Zusammenschnitt einer Diskussion über Familienpolitik in Deutschland. Im ZDF-Politalk von „Maybrit Illner“ diskutieren der damals noch bayrische Ministerpräsident Edmund Stoiber, der frühere Bundesfamilienminister und Generalsekretär der CDU Heiner Geissler und die Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen. Im zweiten Beitrag geht es um französische Familienpolitik.

Nun zu meinen Themen „Familien-, Bildungs-, Integrations- und Einwanderungspolitik“:

Für uns Christlichsoziale ist die Familie als Keimzelle des menschlichen und gesellschaftlichen Lebens von zentraler Bedeutung. Idealbild der Familie ist die Partnerschaft zwischen Mann und Frau, die gemeinsam Kinder großziehen und auch generationsübergreifend Verantwortung tragen. Sie ist Ursprung von Gemeinschaft, die für Liebe, Geborgenheit, und Sicherheit sorgen soll. Die menschliche Erfahrung hat gezeigt, dass die Familie am besten geeignet ist, das Zusammenleben der Menschen zu erleichtern und den Fortbestand der Menschheit zu sichern. Daher kommt der Ehe in den Religionen ein besonderer Stellenwert zu.

Moderne christlichsoziale Politik ist aber gefordert, sich den Lebensrealitäten von heute zu stellen. Das bedeutet, dass wir es mit verschiedensten Formen von Familie und Partnerschaften zu tun haben. Letztendlich ist es die Entscheidung und Verantwortung jedes einzelnen, wie er und mit wem er sein Leben gestaltet. Für den Staat ist es von Interesse, dass Menschen nicht vereinsamen, sondern in Partnerschaften soziale Stabilität erfahren. Alle diese Gemeinschaften, wenn sie funktionieren, haben einen gesellschaftlichen Wert für jedes Gemeinwesen und sie gehören daher, entsprechend geschützt. Leider kommt es wie in jeder Gemeinschaft in Familie und Partnerschaft auch zu Konflikten. In extremen Fällen kann das auch zu tragischen Formen von menschlichem Leid führen. So sind in familiären Kreisen Gewalt, Vergewaltigung, Freiheitsberaubung und Gewissensterror keine Unbekannten. Bei einem solchen Versagen hat der Staat Vorsorge zu treffen und hat jedenfalls den Einzelnen zu

schützen. Wir müssen der Realität ins Auge sehen, dass wir als Menschen unvollkommen sind und wir uns daher vor eigenen Unzulänglichkeiten schützen müssen. Das gilt für jede Gemeinschaftsform, für den Staat, sowie für die Familie. Es darf keine menschenrechtsfreien Räume geben. Auch archaische Formen von Familie oder Sippe können für unsere Gesellschaft eine Gefahr darstellen. Das ist dann der Fall, wenn in diesen Familien religiöse oder nationale Intoleranz herrscht und diese ein Hemmnis für eine erfolgreiche Integration ist, Frauen unterdrückt werden oder allgemein das Individuum vollständig in der Gemeinschaft aufzugehen hat. Dies alles ist bei einer modernen Familienpolitik zu bedenken.

Warum auch eine moderne Ausrichtung der Familienpolitik Not tut, liegt in der bedenklichen demografischen Entwicklung in Europa. Wir haben in den meisten Regionen in Europa einfach zu wenige Kinder. Obwohl es uns materiell noch nie so gut gegangen ist, nahezu ganz Europa in Frieden und Freiheit lebt, hat sich Pessimismus breit gemacht und wir leiden an Zukunftsängsten. Stirbt unser Kontinent langsam aus, drohen uns durch die Überalterung möglicherweise Generationskonflikte sowie allgemeine Innovations- und Wachstumsprobleme. Letztendlich ist eine solche Gesellschaft gefährdet bzw. kommt kulturell in Bedrängnis.

Daher müssen positive Anreize geschaffen werden, um dieser Negativspirale Einhalt zu gebieten.

Das bedeutet, Europa muss kinder- und jugendfreundlicher werden und das wiederum bedeutet unter anderem, die Rahmenbedingungen für die Erwerbstätigkeit der Mütter zu verbessern. Hier sind vor allem sozial- und wirtschaftspolitische Maßnahmen zu setzen,

- wie sicherere Arbeitsplätze für junge Menschen,
- familienfreundliche Arbeitszeitregelungen und Einkommen,
- und flächendeckende Betreuungseinrichtungen vom Kleinstkindesalter an, damit Frauen nach dem Kinderkriegen weiter im Beruf bleiben können und sich nicht entscheiden müssen, entweder Kind oder Karriere.

Das erfordert vielfach eine Änderung in der Denkhaltung. Wie bereits im Vorjahr erwähnt, ist die große Herausforderung für uns Christlichsoziale, weltanschauliche Scheuklappen abzulegen und uns am gesellschaftlichen Wandel positiv zu beteiligen. Wir müssen vor allem die Selbständigkeit und damit das Selbstwertgefühl vieler Frauen stärken. Frauen sollen Mütter werden können, ohne aus dem Arbeitsprozess gedrängt zu werden. Dies entspricht, wenn wir uns Umfragen ansehen, auch den Sehnsüchten der Mehrheit der jungen Frauen. Nicht zu vergessen ist, dass die Lebensbedingungen, wie Aufrechterhaltung eines normalen Lebensstandards oder das Fehlen eines Partners sowie der Arbeitsmarkt, der Arbeitskräfte braucht, die Berufstätigkeit der Frauen notwendig machen.

Eines unserer zentralen Anliegen ist die gleichberechtigte Partnerschaft von Mann und Frau. Sie sind beide für die Erziehung verantwortlich. Die Wirtschaft ist gefordert, die Arbeitszeit der erwerbstätigen Väter und Mütter so zu gestalten, dass sie die Freizeit mit den Kindern stressfrei und gemeinsam nutzen können. Denn es ist unerlässlich, dass Kinder diese Geborgenheit in der Familie gemeinsam mit ihren Eltern erfahren und genießen können. Für die Eltern ist es andererseits wichtig, ihrer Erziehungsaufgabe auch nachkommen zu können. Die Allgemeinheit kann und soll die Erziehung der Kinder nicht alleine bewerkstelligen.

Ich möchte euch nunmehr, wie versprochen, den Fernsehbeitrag über die deutsche Familienpolitik zeigen. Ihr seht hier, wie diesbezüglich im christlich-sozialen Spektrum einerseits Anschauungen aufeinander prallen und wie man sich aber andererseits positiv und kreativ der Zukunft stellt. Es finden sich darin zentrale Aussagen zur Familienpolitik, die für ganz Europa Gültigkeit haben.

Ursula von der Leyen und Heiner Geißler treten für mehr Geld für den Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen ein. Edmund Stoiber steht hinter dem bayrischen Modell der Einführung eines Erziehungsgeldes. Eltern sollen direkt gefördert werden und entscheiden, wofür sie das Geld verwenden. Geißler betont, dass Normalverdiener heute von einem Einkommen nicht mehr leben können – und daher beide Elternteile arbeiten gehen müssen. Daher sind Kinderbetreuungseinrichtungen auch für Ein- bis Dreijährige eine Notwendigkeit. Gegen ein Erziehungsgeld wendet er ein, dass vor allem einkommensschwache Familien dieses Geld nicht für die Kinder sondern als Aufbesserung für das Familieneinkommen verwenden würden. Zudem argumentieren sowohl Geißler wie Von der Leyen mit der Integrationsfunktion von Kinderbetreuungseinrichtungen für Migrantenkinder. Von der Leyen betont, dass man Prioritäten setzen müsse, beides sei nicht finanzierbar. Sie will den Frauen ermögli-

chen, nicht mehr zwischen Kindern und Beruf wählen zu müssen. Frauen, die berufstätig sind und Kinder haben sind keine "Rabenmutter". Entschieden wehrt sie sich gegen die alte konservative Familienpolitik aus der Zeit des Kalten Krieges, wo Kinderkrippen als ideologisches Feindbild der DDR erhalten mussten. Das "DDR-Argument" könne sie schon nicht mehr hören, diese sei Geschichte – man solle stattdessen lieber nach Westen schauen, nach Frankreich und Skandinavien, wo es seit Jahrzehnten ein flächendeckendes Angebot von Kinderbetreuungseinrichtungen gibt und dies der Hauptgrund für eine deutlich höhere Geburtenrate ist.

Ursula von der Leyen tritt jedenfalls leidenschaftlich und überzeugend (hat immerhin sieben Kinder) für eine moderne christdemokratische Familienpolitik ein. Auch Edmund Stoiber muss zugeben, dass seine drei Töchter, die als Anwältinnen arbeiten, ihre Kinder betreuen lassen – die jüngste bringt ihre Kinder in die Krippe.

Ich möchte an jener Stelle an die Diskussion anknüpfen, in der Edmund Stoiber die Wichtigkeit der Ganztagsbetreuung für die Integration von Migrantenkindern betont. Damit möchte ich nun gleich zum Thema Schul- und Bildungspolitik überleiten. Auch wir haben u.a. bei der Sommerklausur sehr intensiv über diesen Bereich diskutiert und haben uns die Frage nach den Anforderungen der Gesellschaft an das Bildungssystem gestellt.

Kurz zusammengefasst wären dies die Folgenden:

- Ausbildungsfunktion (Wissensvermittlung)
- Betreuungsfunktion (individuelle Förderung, Talente erkennen und fördern)
- Erziehungsfunktion (in Ergänzung zu den Eltern; beheben sozialer Defizite, Korrigieren von Erziehungsdefiziten)
- Sozialisierungs- und Integrationsfunktion vor allem von Kindern mit Migrationshintergrund
- Chancengerechtigkeit (Abbau sozialer Unterschiede)

Im Hinblick auf das bereits vorher Ausgeführte, dass beide Elternteile und vor allem die Frauen weiterhin arbeiten gehen müssen oder wollen, ist neben der Ganztagsbetreuung im Kleinkindalter, die Ganztagschule flächendeckend einzuführen. Generell bewerten auch Experten das Modell der Ganztagschule als leistungsfördernd und –steigernd, für überdurchschnittlich begabte Schüler unter der Voraussetzung, dass nachmittags Fördermaßnahmen gesetzt werden. Selbstverständlich würden aber auch schwächere Schüler besonders davon profitieren.

Auch aus pädagogischer Sicht ist die Einführung der Ganztagschule sinnvoll. Die Rhythmisierung des Schul(all)tags, die Abwechslung von An- und Entspannung beflügelt Körper und Geist. Das generiert pädagogischen Wert, weil mehr Zeit für Bildungs- und Erziehungsarbeit bleibt. Auch in Finnland ist die Ganztagschule die Regel – allerdings ohne höhere Gesamtstundenanzahl als bei Halbtagschulen.

Hervorstreichen ist an dieser Stelle auch der integrative Charakter der Ganztagschule. Schüler, die auch einen Teil ihrer Freizeit mit Klassenkollegen in der Schule verbringen, laufen weniger Gefahr, in abgegrenzten Parallelgesellschaften aufzuwachsen und lernen gleichzeitig rascher die jeweilige Landessprache, woraus auch ein positiver Effekt auf das sprachliche Fortkommen aller Familienmitglieder resultiert.

Wie ihr seht, haben wir uns die Schulsysteme in verschiedenen europäischen Staaten angesehen. Besonders gefallen hat uns dabei, wie in der Familienpolitik, das französische Modell.

Neben der Ganztagschule als Integrationsmodell wollen wir als Christlichsoziale auch, dass jedes Kind – egal welcher sozialen Herkunft – entsprechend seinen Fähigkeiten, gleiche Chancen hat. Heiner Geißler hat dies in der Fernsehdiskussion ebenfalls betont.

Wir wollen ein egalitäres und sozial gerechtes Bildungssystem. In Frankreich kommt beispielsweise dem Gleichheitsprinzip ein ungleich höheres Gewicht als dem Freiheitsprinzip zu. Das gleichzeitig im Bildungssystem gut ausgeprägte Verhältnis zu "Eliten" perfektioniert die Balance der beiden Grundwerte (z.B.: ENA). Selbst eine aktuelle OECD-Studie („EDUCATION AT A GLANCE 2007: OECD INDICATORS“) konstatiert: „Die Schaffung gleicher Chancen für Schülerinnen und Schüler aus finanziell besser und schlechter gestellten Familien ist nicht nur eine Frage der Verteilungsgerechtigkeit, sondern auch eine Möglichkeit, das Personalreservoir für hochqualifizierte Arbeitsplätze zu vergrößern.“

Bern und die Wettbewerbsfähigkeit der Erwerbsbevölkerung insgesamt zu erhöhen.“ Dies indiziert die Gleichheit im Bildungswesen als Facette arbeitsmarktpolitischer Optimierung.

Ein einheitliches Schulsystem wie in Frankreich oder in Skandinavien sowie eine gemeinsame Schule bis zum 14. Lebensjahr, wie sie auch in Südtirol besteht, ist für die Durchsetzung der Chancengleichheit am geeignetsten. Dieses Schulsystem darf natürlich keine Nivellierung nach unten bedeuten sondern soll im Gegenteil das Bildungsniveau im Allgemeinen heben. Gerade für Kinder und Jugendliche aus bildungsfernen Schichten ist das ganz besonders notwendig, da diese sonst am Arbeitsmarkt nur geringe Chancen haben.

Die Einführung einer gemeinsamen Schule der 10-14-Jährigen sowie der Ganztagschule erfordert natürlich zahlreiche Begleitmaßnahmen, vor allem eine professionelle Ausbildung der Lehrer und Erzieher. Strenge Auswahlkriterien sollen den Lehrberuf wieder attraktiver machen, Pädagogen sollen gut bezahlt werden und dadurch das Prestige dieser Berufsgruppe allgemein gehoben werden. Immerhin vertrauen wir ihnen die Ausbildung unserer Kinder an! Es muss uns auch bewusst sein, dass uns das Bildungssystem viel Geld wert sein muss.

Da Bildungsangelegenheiten in der von uns angestrebten Europäischen Republik weiterhin in der Kompetenz der Bundesstaaten verbleiben sollen, werden auch in einem solchen europäischen Bundesstaat die bildungspolitischen Entscheidungen auf der Ebene der heutigen Nationalstaaten fallen. Hier kann es zu einem gesunden Standortwettbewerb zwischen den Bundesstaaten kommen, der im Gegensatz zum Steuersenkungswettbewerb zu höheren Standards in allen Ländern führen wird. Dies heißt freilich auch, dass wir im Bereich der Bildungspolitik nicht auf die Gründung eines föderalen europäischen Staates warten müssen.

Auf der Ebene der Bundesstaaten bzw. in den heutigen europäischen Nationalstaaten sollen aber auf Ebene des Bundesstaates bzw. des Zentralstaates Ausbildungsziele festgelegt und für die Einhaltung qualitativer Mindestkriterien (auf hohem Niveau) gesorgt werden. Dies soll durch zentral gesteuerte externe Prüfungen – zumindest bei Abschluss der jeweiligen Bildungsabschnitte (Matura, Hauptschulabschluss) – gewährleistet werden. Wieder das Beispiel Frankreich: Dort werden die Schüler durch eine Zentralmatura (le baccalauréat) landesweit einer einheitlichen Prüfung unterzogen. Auch den Abschluss der ersten Sekundarstufe bildet mit dem "diplôme national du brève" eine zentralisierte Prüfung.

Ein weiteres bildungspolitisches Anliegen in einem vereinten Europa ist der Ausbau der sprachlichen Kompetenz. So sieht unser Modell vor, dass jeder Schüler bereits ab der 1. Klasse Grundschule eine "Zweitsprache" zu lernen beginnen soll. Als Zweitsprache kommen die bedeutenden, in der Europäischen Republik gesprochenen Sprachen Französisch, Deutsch, Italienisch und Spanisch oder auch die Weltsprache Englisch in Betracht. Ziel ist es, die Sprache so gut zu erlernen, dass sich ein durchschnittlich Begabter in dieser Sprache problemlos im Alltag verständigen kann. Um dies zu gewährleisten sollen ab der 4. oder 5. Schulstufe auch andere Fächer in der Zweitsprache unterrichtet werden. Weiters ist großes Augenmerk auf den Lehrer- sowie auf den Schüleraustausch zu legen. Das ist sicherlich ein sehr ambitioniertes bildungspolitisches Ziel, aber in Südtirol funktioniert ein solches System!

Wir erhoffen uns von der Erhöhung der Sprachkompetenz der Bevölkerung vor allem:

- eine Förderung des europäischen Bewusstseins und
- eine allgemeine Steigerung des Selbstbewusstseins der einzelnen Bürger – es besteht dadurch die Hoffnung, dass xenophobe Schranken abgebaut werden.

Um es nochmals zu sagen – dieses Modell könnte man in Österreich sofort umsetzen, da müssen wir nicht auf den europäischen Bundesstaat warten!

Ich habe schon den hohen Integrationswert der Schulen angesprochen. Für unsere Gesellschaft ist es eine essentielle Herausforderung, Menschen aus anderen Kulturen in unsere Gesellschaft einzugliedern, sie mit unseren Werten vertraut zu machen und sie dadurch Teil unserer Gesellschaft werden zu lassen.

Wir brauchen in Europa Zuwanderung, denn auch wenn wir heute mit einer modernen Familienpolitik beginnen, die zu einer Anhebung der gesamteuropäischen Geburtenraten auf das Niveau Frankreichs oder der skandinavischen Länder führt, werden wir noch mindestens 25 Jahre brauchen, bis sich diese Maßnahmen am Arbeitsmarkt auswirken.

Europa ist in den letzten Jahrzehnten zunehmend Einwanderungsgebiet geworden, was letztendlich eine kulturelle Bereicherung darstellt. Um aber ein gedeihliches Miteinander zu gewährleisten, müssen wir von einer unkoordinierten und ungeplanten Zuwanderung in den einzelnen europäischen Staaten zu einer europaweiten Einwanderungspolitik mit durchaus strengen aber fairen Zuwanderungsbedingungen kommen.

Die maßgeblichen Faktoren dieses Einwanderungssystems sind:

- Einwanderungsquoten nach wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Bedarf, die auch das wirtschaftliche und soziale Fortkommen der Einwanderer sicherstellen sollen – wie es zum Beispiel in Kanada erfolgreich praktiziert wird. Die festgesetzte Quote wird mit Einwanderungswerbern besetzt, die entsprechend ihrer Chance auf wirtschaftliches Fortkommen und daher insbesondere entsprechend ihrem Bildungsniveau und ihren Sprachkenntnissen ausgesucht werden.
- Aufgrund der kulturellen und religiösen Unterschiedlichkeit erscheint die Überprüfung der Integrationswilligkeit insb. des Bekenntnisses zu unseren Grundwerten wie Freiheit, Rechtsstaat, Menschenrechte und Gleichheit der Geschlechter unbedingt notwendig. Im Rahmen des Einwanderungsverfahrens sollen daher neben den Sprachkenntnissen auch Integrationswilligkeit und Akzeptanz unseres gesellschaftlichen Grundkonsenses beurteilt werden.

Um die Integration zu begünstigen und Probleme zu vermeiden, sollen Einwanderer in kulturkompatiblen Regionen auch gezielt angeworben werden. Beim Auswahlverfahren ist jedoch darauf zu achten, dass die Auswahl nach objektiven und nachvollziehbaren Kriterien stattfindet.

Nur wenn die Beurteilung positiv ausfällt, soll die Einwanderung gestattet werden. Und falls Sprachdefizite feststellbar sind, muss die Verpflichtung zum Besuch angebotener Kurse bestehen. Wichtig ist, dass generell mit der Einwanderungserlaubnis auch eine Arbeitserlaubnis erteilt wird.

Eine spezifische Folge der Einwanderung von Arbeitskräften besteht in deren Bedürfnis nach Familiennachzug. Dabei besteht wiederum die Gefahr einer unreglementierten, ausufernden Zuwanderung, weshalb auch für diese Fälle Mindeststandards festgelegt werden müssen. Daher müssen für Ehegatten von Einwanderern wie auch für ausländische Ehegatten von Inländern ebenfalls die oben skizzierten Vorgaben gelten. Auch Ehegatten von bereits Ansässigen müssen sich den Qualifizierungsmaßnahmen in Bezug auf die Sprachkompetenz unterziehen und sich zu unserem Wertekanon bekennen. Frauen, die im Zuge einer Eheschließung nachziehen, sollen einen unabhängigen Aufenthaltstitel erhalten, um bei einer Scheidung – gerade auch wenn es sich um Zwangsehen handelt – nicht durch Ausweisung oder Abschiebung bedroht zu sein.

Wie gesagt, die Einwanderungsbedingungen sind transparent zu gestalten und mit Einwanderungswilligen soll eine schriftliche Integrationsvereinbarung getroffen werden, die das Bindende unterstreichen soll. Wer die strengen aber transparenten und einfachen Regeln nicht einhält, muss die Aufenthaltserlaubnis verlieren und soll bei schwerwiegenden Verstößen sofort ausgewiesen werden können. Die Folge wäre ein Aufenthaltsverbot für die gesamte Föderation oder sogar für den Schengenraum. Unterstützend sollen spezielle Organisationen mit entsprechend geschultem Personal die Einwanderer betreuen und ihnen mit Rat und Tat zur Seite stehen, damit sie bald heimisch werden.

Am Ende einer gelungenen Integration soll die Zuerkennung der Staatsbürgerschaft stehen. Wenn sich Einwanderer rasch integrieren, sollen sie daher die Staatsbürgerschaft der Europäischen Republik bereits nach einigen Jahren des legalen Aufenthalts erlangen können. Bei der Zuerkennung der Staatsbürgerschaft soll jedenfalls der Gemeinde, in der der Bewerber wohnt, ein Mitsprache- oder sogar ein Entscheidungsrecht eingeräumt werden.

Die große Herausforderung stellt aber die Integration der bereits in Europa lebenden Einwanderer der zweiten und dritten Generation dar, die oft bereits eingebürgert sind.

Länder mit in der Vergangenheit hohen Zuwanderungsraten werden zunehmend mit der Problematik mangelnder Kenntnisse der Amtssprache von Personen mit Migrationshintergrund konfrontiert. Dies führt zu Defiziten bei der Schulbildung und bedingt zumeist geringere Chancen am Arbeitsmarkt. Der

Schlüssel zur sprachlichen Qualifizierung der bereits im Inland geborenen Migranten liegt dabei vor der Einschulung.

Daher muss der Kindergartenbesuch mit Ganztagsbetreuung zumindest ab dem 4. Lebensjahr für alle Kinder verpflichtend sein. Dies soll einerseits die sprachliche Kompetenz der Kinder sowie das gesellschaftliche Interagieren fördern und andererseits ihre Integration begünstigen. Zusätzlich muss der Anreiz geschaffen werden, Kinder freiwillig früher in den Kindergarten zu schicken, indem dieser kostenfrei angeboten wird.

Die nächste Sprachförderung erfolgt anlässlich des Schuleintritts, indem jedermann verpflichtet sein muss, sein Kind im Alter von 5 Jahren zur Schule anzumelden. Im Rahmen dieses Anmeldeverfahrens stellen Pädagogen fest, inwieweit das Kind über altersübliche Kenntnisse der Landessprache verfügt. Sollte sich aus dieser Bewertung ein Förderungsbedarf ableiten lassen, soll die Schulpflicht sofort mit einem Jahr intensiver Sprachförderung beginnen. Für den Fall, dass am Ende dieser Förderzeit immer noch Defizite bestehen, wird noch ein weiteres Jahr an Förderunterricht zu gewähren sein. Im Anschluss an diese Förderzeit wird dann die Einschulung in die erste Klasse der Grundschule erfolgen.

Dieses System soll dazu dienen, sämtlichen Kindern, unabhängig von ihrer Herkunft, dieselben Chancen auf Bildung zu bieten.

Gelungene Integration fordert auch die Einbindung von zivilgesellschaftlichen Organisationen, z.B. von Vereinen – Sport, Musik, Feuerwehr, in denen sich Migranten engagieren und auch wohlwollende Aufnahme finden sollen. Daher sollen diesbezüglich entsprechende Förderungsmaßnahmen gesetzt werden. Weiters sollen sich vor allem die Gemeinden um die Integration ihrer neuen Gemeindebürger bemühen.

Bei beharrlicher Integrationsverweigerung, vor allem wenn gegen unseren Wertekonsens verstoßen wird, muss die Möglichkeit einer Rückführung in die alte Heimat möglich sein. Dabei sind Legisten und Verfassungsrechtler gefordert, da dies im Einklang mit der Verfassung stehen muss. Im Falle von integrationsunwilligen Minderjährigen sind auch Maßnahmen der Jugendfürsorge zu überlegen, da darin ein Erziehungsmangel seitens der Eltern zu sehen ist.

Wie wir sehen, muss Integration ein gesamtgesellschaftliches Anliegen sein. Die Politik muss durch gezielte Maßnahmen z.B. durch Wohnungspolitik und Stadtplanung oder die Revitalisierung von Stadtvierteln soziale und wirtschaftliche Isolation und ein Nebeneinander der Kulturen verhindern. Von den Migranten muss gefordert werden, dass sie für die europäische Kultur aufnahmebereit sind, sich anpassen und unsere Werte annehmen wollen. Insofern hat dieser Prozess einen assimilatorischen Charakter.

Zum unmittelbaren Einstieg in die Diskussion habe ich nach der Pause einen kurzen Filmbeitrag über die französische Familienpolitik vorbereitet. Darin wird der Erfolg einer seit Jahrzehnten geförderten Politik für Kinder und für berufstätige Mütter analysiert.

Anschließend freue ich mich schon auf eine interessante Diskussion.

Danke für Eure Aufmerksamkeit!